

I. Einführung

Die Sozialdemokratie befindet sich europaweit in der Krise. Bei der Bundestagswahl 2018 hat die Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) mit 20,5% ihr historisch schlechtestes Ergebnis erhalten. In dieser Krise steht die SPD nicht alleine. Ob bei der österreichischen SPÖ, der spanischen PSOE oder der französischen Parti socialiste – Der Sozialdemokratie gelingt es aktuell nicht mehr größere Teile der Gesellschaft für ihre Idee von einer modernen Gesellschaft zu gewinnen beziehungsweise ihrer Vorstellung klar zu formulieren.

In der deutschen Fehleranalyse nach der letzten Bundestagswahl wird oft eine fehlerhafte Kommunikation als Auslöser von schlechten Ergebnissen ausgemacht. Analysen mit dem Duktus „Man habe zu wenig die eigenen Erfolge verkauft!“ oder „Der Zeitgeist ist gegen uns!“ dominieren dabei oft die Auseinandersetzung mit dem Wahlergebnis. Für die Verfasser dieses Beitrages ist klar, dass diese Analyse noch zu kurz greift und wesentliche Fragestellungen dabei noch nicht beantwortet werden – Vielmehr brauchen die aktuellen gesellschaftlichen Probleme eine aktuelle Analyse und einen neuen Stil der Ansprache, um glaubwürdig zu sein.

II. Eine neue Analyse.

Die Analyse der neuen Herausforderungen der Sozialdemokratie ist vielschichtig. Dieser Beitrag kann und möchte dabei nicht den Anspruch erheben eine umfassende und alternativlose Analyse der Gegenwart und der Zukunft sowie deren Bewältigung zu liefern. Vielmehr verstehen wir diesen Beitrag als Teil einer Debatte, die europaweit geführt werden muss, um die Auseinandersetzung der Ausrichtung einer neuen sozialdemokratischen Politik zu beleben.

Wie gerufen scheint dabei das 200. Geburtstag von dem Gründungsmitglied der sozialistischen Internationalen Karl Marx, um anhand dem Wandel der Arbeitswelt und der Stellung des Faktors Arbeit in der Gesellschaft einige Grundfragen neu zu stellen.

Die Sozialdemokratie versteht sich aus guten Gründen und mehrheitlich zurecht europaweit als die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die historisch gewachsene enge Vernetzung zu den Gewerkschaften und die programmatischen Überschneidungen der Forderungen an Staat und Kapital lassen diesen Anspruch an vielen Stellen lebendig werden. Nicht zuletzt formuliert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrem Godesberger Programm – dem aktuellen Grundsatzprogramm- an vielen Stellen den Anspruch Vertreterin der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sein. Ob in der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- oder Sozialpolitik, die SPD versteht diesen Vertretungsanspruch als Querschnittsaufgabe ihres politischen Handelns.

Dabei muss aber beachtet werden, dass der Begriff der Arbeit nicht mehr dem Begriff der 1980er Jahre entspricht und dass der Produktionsfaktor der Arbeit in nahezu alle Wirtschaftssektoren faktisch in den Hintergrund gerückt wird. Für die deutsche Politik bedeutet dies, dass die SPD im Querschnitt ihres politischen Handelns, einerseits auf der Ebene der Adressierung des Subjekts und andererseits auf der Ebene der Stellung des Kollektivs der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Produktionsfaktor vor neuen Fragestellungen steht.

Aufgrund der Kernkompetenz der Sozialdemokratie im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik, soll die Analyse hier an drei beispielhaften konkreten Fragestellungen in der Arbeits- und Sozialmarktpolitik erfolgen.

Wie kaum ein anderes Thema beherrscht die Auseinandersetzung mit den Effekten der Digitalisierung und Vernetzung in der Arbeitswelt die Sozialdemokratie europaweit. Oft schweift der Blick dabei verkürzt auf die möglichen Arbeitsplatzverluste in der Industrie, dabei ist der Effekt der Digitalisierung und Vernetzung in der Arbeitswelt schon länger branchenübergreifend zu beobachten – oder wann hat sich von uns jemand in den letzten 20 Jahren Geld bei der Bank von einem Menschen auszahlen

lassen? Selbstverständlich nutzen wir den Geldautomaten und sind dabei zurecht froh, dass wir auch abends um 23 Uhr vor dem Feiern noch schnell Geld abheben können.

Die Digitalisierung und Vernetzung in der Arbeitswelt ist alltäglich und sie ist nicht aufzuhalten. Sie wird Jobs entstehen lassen aber auch viele Jobs verschwinden lassen. Diesen Prozess aufzuhalten ist ein Kampf gegen Windmühlen, der ebenso sinnlos wie aussichtslos ist. Die zentrale Frage für die Sozialdemokratie ist dabei nicht mehr das „Ob“ sondern das „Wie“ des Umgangs mit den Effekten in der Arbeitswelt.

Bei der Frage des „Wie“ muss Augenmerk dabei darauf liegen, dass der Abbau von menschlicher Arbeit nicht in der gleichen Art und Weise zu einem Rückgang der Wertschöpfung führt, sondern Wertschöpfung vielmehr von dem Produktionsfaktor der Arbeit entkoppelt wird. Abstrakt gesprochen heißt dies, dass das Kapital die Arbeit für Wachstum und Wertschöpfung in der Masse nicht mehr benötigt. Anders gesprochen: Teilhabe an Wachstum und Wertschöpfung durch Arbeit ist nicht mehr Massentauglich sondern nur noch einigen Wenigen möglich.

Für die Sozialdemokratie muss dabei klar sein, dass dort wo Teilhabe durch Arbeit nicht funktioniert der Staat durch Umverteilung Teilhabe schaffen muss.

Ein Versprechen der SPD in Deutschland war stets das Versprechen, dass durch Bildung Aufstieg gelingen kann. Dabei unter Aufstieg insbesondere der sozio-ökonomische Aufstieg in die nächsthöhere „Schicht“ zu verstehen.

Betrachten wir dieses Versprechungen unter dem zuvor ausgeführten Punkt, dann wird klar, dass Aufstieg durch Bildung perspektivisch nicht mehr gelingt, wenn am Ende der Bildung ein Übergang in produktive Tätigkeit im Rahmen einer klassischen (Werks-)Arbeit steht. Bildung wie sie häufig verstanden wird, ist immer Bildung im Sinne wirtschaftlicher Verwertbarkeit- also im Sinne von Arbeit. Wenn die Arbeit als Produktionsfaktor weiter in den Hintergrund gerät, kann die Bildung wie sie aktuell verstanden wird nicht zum Aufstieg führen. Da finanzieller Aufstieg sich nicht mehr an Arbeitsleistung im engeren Sinne orientiert.

Die Erneuerung des Versprechens des Aufstiegs durch Bildung hat zwei Komponenten. Einerseits die Förderung von sozialer Mobilität – Wenn lediglich eins von vier Kinder aus einem Arbeitnehmerhaushalt die Möglichkeit einer Hochschulbildung hat und lediglich eins von hundert Kinder aus einem Arbeitnehmerhaushalt eine Doktorarbeit beendet, dann produzieren wir hier unweigerlich Verlierer.

Andererseits muss der Begriff der Bildung ausgeweitet werden. Weg von dem Anspruch auf Verwertbarkeit in einem System, welches auf die Verwertung von Arbeit in der Masse nicht mehr angewiesen ist. Hin zu einem Bildungsversprechen, welches Aufstieg auch sozio-kulturell im Sinne eines humanistischen Bildungsideals versteht.

Letztes Beispiel für ein Update einer sozialdemokratischen Analyse ist die Internationalisierung der Arbeit und das Beharren auf nationalen Antworten.

Die Arbeit als Produktionsfaktor ist nicht mehr national begrenzt. Dies zeigt nicht nur die Realität an deutschen Baustellen, dies zeigen vor allem die umfassenden Grundfreiheiten der Europäischen Union. Als einzigartiges Projekt ermöglicht die Europäische Union, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr an nationale Grenzen gebunden sind und ihre Leistung europaweit verfügbar gemacht wird. Ob bei dem Arbeitsschutz, dem Mindestlohnstandart oder dem Abführen von Lohnsteuer - Diese Ungebundenheit der Arbeit bringt jedoch neue Fragestellung. Die Absicht diese Fragen national zu beantworten ist zum Scheitern verurteilt. Wenn die jeweiligen Faktoren, welche diese Fragestellung ausmachen, nicht national begrenzt sind, können die Antworten nicht im nationalen Rahmen gefunden werden. Die anhaltende Ausbeutung etwa von rumänischen Arbeitern an deutschen Baustellen oder die Steuervermeidungsstrategien europäischer Unternehmen zeigen, dass protektionistische Konzepte keine Wirkung in einer von Freizügigkeit geprägten internationalen Ordnung haben. Damit können nationale Elemente der Politik in diesen beispielhaft genannten

Bereichen nicht mehr sein als symbolische Akte der Abgrenzung. Kurz gesagt: Protektionistische nationale Antworten auf internationale Herausforderung sind zum Scheitern verurteilt.

Notwendig ist es daher, dass etwa mit der Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine volle Harmonisierung von Arbeitsschutzstandards einhergeht. Die Freizügigkeit wie wir sie heute kennen ist jedoch sehr anfällig für Missbrauch. Die Möglichkeit den Missbrauch zu stoppen kann dabei keine Aufgabe des nationalen Gesetzgebers sein, sondern muss europäisch beantwortet werden, wenn man die Kopplung von Wertschöpfung und Verantwortlichkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufrecht erhalten lassen möchte.

Zusammenfassend heißt dies für den Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik, dass einerseits dort wo die Wertschöpfung internationalen Marktkriterien folgt und der Faktor der Arbeit in den Hintergrund tritt der Staat national wie international stärker regulierend eingreifen muss, um einen Ausgleich zu schaffen. Andererseits heißt es eben auch, dass der Staat mehr in Verantwortung ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern ohne konkrete Arbeitsleistung zu fordern, da diese auf dem durch Digitalisierung und Vernetzung veränderten Arbeitsmarkt zunehmend kein relevanter Faktor der Wertschöpfung darstellt.

Die SPD muss, wie die gesamte europäische Sozialdemokratie, konkrete Antworten finden, um diese die Entkopplung von Arbeit und Wachstum sozial zu gestalten und die Wertschöpfung für alle nutzbar zu machen.

III. Ein neuer Stil.

Eine Analyse alleine verändert weder eine Gesellschaft noch die Politik. Für eine echte Erneuerung der Sozialdemokratie einen neuen Stil im politischen Alltag.

Gerade in Zeiten von großen Koalitionen, in die sich die SPD nach dem basisdemokratischen Willen der Mitglieder begeben hat, braucht es eine Stärkung der Partei abseits der Fraktions- und Regierendisziplin, um neue Konzepte für eine linke Politik zu entwerfen.

Kontroverse Debatten, die hart in der Sache geführt werden sind dabei keine Gefahr für die Partei sondern ihr größtes Kapital. Dieses Kapital der größten Mitgliederpartei Deutschlands darf nicht zulasten einer konstruierten und auf Vermarktungsüberlegungen beruhenden Einigkeit geopfert werden.

In Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen ist eine offene, auch kontroverse Debatte um die richtigen Weichenstellungen – gerade auch unter Koalitionspartnern – keine Schwäche, sondern belebendes Element der Demokratie.

Eine gute Politik beginnt mit der Betrachtung des Lebensalltags der Bürgerinnen und Bürger: Unsere Aufgabe als Partei ist es zuzuhören, zu hinterfragen und die Themen aufzugreifen, sie zu diskutieren und eine sozialdemokratische Antwort zu formulieren. Auf Augenhöhe, nicht von oben herab. Dies darf für die SPD jedoch nicht bedeutet sich jede subjektiv wahrgenommene Sorge sich zu eigen zu machen, sondern eine Auseinandersetzung mit ständiger Rückbindung an ihre Grundwerte zu führen. Diese Auseinandersetzung muss zu einem dauerhaften Prozess werden, um das gesellschaftliche Politikverständnis nachhaltig zu verändern. Es kann dabei nicht um einmalige Beteiligungsformate oder Veranstaltungsreihen gehen. Es braucht einen Kulturwandel hin zu einem Parteienverständnis, dass die Partei als offenes Debattenforum begreift.

Dem gesunkenen Vertrauen in die Politik wollen muss dabei mit mehr Transparenz innerparteilicher wie parlamentarischer Entscheidungsprozesse begegnet werden. Der Anspruch muss es sein, Entscheidungswege und -gründe offensiv zu erklären. Sowie eine ernstgemeinte Beteiligung und Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie unserer Parteibasis zu erreichen.

Wir brauchen in der SPD und weit über sie hinaus eine breit angelegte Debatte, die selbstbewusst gerechte, solidarische und nachhaltige Antworten auf die ökologischen und sozialen Fragen in Deutschland, in Europa und in der Welt erarbeitet. Diese Debatte ist eine der letzten Chancen für die Sozialdemokratie. Sie muss über das unmittelbare Regierungshandeln in einer Koalition hinaus erklären, warum es die Sozialdemokratie national wie international braucht.

Politik ist keine Verwaltungstätigkeit. Politik lebt von Visionen. Sie lebt von Konzepten wie eine Gesellschaft in 10, 15 oder 20 Jahren aussehen soll. Die Partei ist keine Werbeagentur, die nur zu Wahlen ihre Arbeit aufnimmt. Es ist Zeit diese Debatte zu beginnen und sie fortwährend, abseits von der Erarbeitung eines Wahlprogramms, zu führen.

IV. Mut zur Radikalität

Die S befindet sich wie gezeigt in einer tiefen Krise, deren Ausgang ungewiss ist. Gleichzeitig nehmen Ungleichheit und soziale Spaltung immer weiter zu. Aus linker Perspektive ist die Lage sozusagen existenziell, denn um die eigene Existenz als Partei zu legitimieren braucht es Antworten und neue Konzepte für diese Situation.

Dies bedeutet eine schonungslose Untersuchung der bisherigen Beschlüssen und Programmen der Partei, ohne in eine endlose Schleife der Vergangenheitsbewältigung zu verfallen.

Für die SPD bedeutet dies insbesondere auch eine neue Ausrichtung in zentralen Fragen.

Es braucht etwa mehr Umverteilung durch gerechte Steuern auf Vermögen und Produktivität.

Es braucht mehr Investitionen in das Leben von Menschen– und zwar in die Menschen die schon immer hier sind und die Menschen die bei uns Schutz suchen.

Es braucht mehr Bildung, die nicht unter dem Gesichtspunkt der Verwertbarkeit fördert sondern Bildung als kulturell emanzipatorisches Momentum im Leben jedes Menschen begreift.

Es braucht mehr Europa, weil der Nationalstaat den internationalen Herausforderungen nicht gewachsen ist.

Es braucht mehr Zusammenhalt, da es Zeit ist gegen rechte Ideologien und Parteien in die Offensive zu gehen.

Es braucht mehr Mut zur Radikalität und weniger ‚sowohl als auch‘